

BMI: Kickl bei EMN Konferenz: Sieben Ziele für ein besseres Schutzsystem

Utl.: Wie ein besseres Schutzsystem aussehen soll, das den Anforderungen einer globalisierten Welt gerecht wird =

Wien (OTS) - „Das derzeitige Schutzsystem ist das inhumanste aller Systeme“, sagte Innenminister Herbert Kickl bei der Jahreskonferenz des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN) am 4. Oktober 2018 in Wien. „Tausende Menschen machen sich auf den Weg aus Destinationen, die tausende Kilometer von uns entfernt liegen. Sie zahlen tausende Dollar an Schlepperbanden, verlieren zu Tausenden ihr Leben, und dann bleiben einige Tausend über, die es zu uns schaffen.“

„Wir müssen den Menschen einen besseren Schutz bieten, die ihn wirklich brauchen“, betonte der Innenminister. Das seien beispielsweise Verfolgte in Herkunftsregionen, Binnenvertriebene, Kinder, Alte, Arme und Schwache, also jene, die den kostspieligen und beschwerlichen Weg in die EU nicht auf sich nehmen könnten. „Deshalb müssen wir eine gemeinsame Vision entwickeln, wie ein nachhaltiges Migrations- und Schutzsystem der Zukunft aussehen soll. Ein System, das an die neuen Realitäten angepasst ist: Globalisierung, Digitalisierung, Kommunikation und Mobilität.“

„Und wir müssen uns klar dazu bekennen, dass jene, die nach Europa mittels Schleppern gelangt und illegal hier sind, konsequent die EU zu verlassen haben: entweder in ihre Herkunftsländer oder, wenn dies nicht möglich ist, in einen Drittstaat.“ Das alles natürlich nur nach einem rechtsstaatlichen Verfahren und unter Einhaltung der grundrechtlichen Maximen, hob Kickl hervor. „Und deshalb ist unsere Vision, hin zu einem besseren und fairen Schutzsystem zu kommen, mit sieben Zielen definiert.“

Zwtl.: Sieben Ziele für ein besseres Schutzsystem

1. Den Schwächsten helfen

„Erstens muss ein System geschaffen werden, das den Schwächsten hilft und das nicht jene begünstigt, die eine lange Reise finanzieren und auf sich nehmen können“, sagte Kickl.

2. Perspektiven in den Herkunftsregionen schaffen

Zweitens müssten Perspektiven in den Herkunftsregionen geschaffen und Erstaufnahmeländer global unterstützt werden, beispielsweise durch Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten und der Lebensbedingungen sowohl für Flüchtlinge als auch für die lokale Aufnahmegesellschaft.

3. Sterben im Mittelmeer verhindern

„Das Sterben und die Tragödien im Mittelmeer und entlang der Migrationsrouten müssen verhindert werden, indem man die Kapazitäten von Asyl- und Migrationsbehörden entlang der Migrationsrouten stärkt“, sagte der Innenminister.

4. Geschäftsmodell der Schlepper zerschlagen

Des Weiteren müsse das Geschäftsmodell der Menschenhändler und Schlepper zerschlagen sowie im Mittelmeerraum ein rechtlicher Rahmen für Such- und Rettungsmaßnahmen auf Grundlage der bestehenden Seerechtskonventionen etabliert werden, um zu verhindern, dass Rettungsoperationen zu einem unbeabsichtigten Werkzeug der Menschenhändler und Schlepper werden.

5. Wirksames Grenzmanagement an den EU-Außengrenzen

Das fünfte Ziel betreffe ein wirksames Grenzmanagement der EU-Außengrenzen sowie die Sicherstellung der Ausreise aller Personen, die sich illegal in der EU aufhalten. „Das soll mit einem Screening-Verfahren direkt in Hotspots an der EU-Außengrenze sichergestellt werden“, betonte Kickl.

6. Solidarität der EU- und Schengen-Staaten

Alle EU- und Schengen-Staaten müssten sich solidarisch zeigen - nicht zuletzt in Krisensituationen. „Diese Solidarität soll Maßnahmen in den Herkunftsregionen, entlang der Migrationsrouten, an der Außengrenze und bei der Ankunft in der EU umfassen“, sagte der Innenminister.

7. Resettlements statt Selbstauswahl der Stärksten

Und schließlich sollten Resettlements für sichere und legale Wege für schutzbedürftige Menschen geschaffen werden, sobald die illegale Migration eingedämmt sei.

„In diesem Zusammenhang ist es essentiell, dass sich die derzeitige Praxis wieder auf die Grundprinzipien der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 besinnt“, betonte der Innenminister. „Schutz für diejenigen, die ihn brauchen, so nahe wie möglich zu ihrem Herkunftsland. Flüchtlinge haben das Recht, in Sicherheit und Würde zu leben; sie haben aber keinen Anspruch auf unbegrenzte Migration.“

~

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Inneres
Isolde Seidl
Pressesprecherin des Bundesministers
+43 (0) 1-531 26 - 2013
isolde.seidl@bmi.gv.at
www.bmi.gv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/54/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0219 2018-10-04/14:27

041427 Okt 18

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181004_OTS0219